Beschluss des Landrats vom 07.05.2026

Nr. 1734

28. Tiefe Ausschaffungsquote verurteilter ausländischer Straftäter im Kanton Basel-Landschaft
2025/581; Protokoll: tvr

Alain Bai (FDP) wünscht die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stillschweigend stattgegeben.

Alain Bai (FDP) sagt, dass der Regierungsrat in seiner Antwort zum Schluss komme, dass die auffallend tiefe Ausschaffungsquote im Baselbiet nur sehr beschränkt aussagekräftig sei und kein Handlungsbedarf bestehe. Damit macht er aus einem sicherheits- und rechtsstaatlich relevanten Thema ein rein statistisches Problem. Tatsache ist, landesweit wurden 2024 rund zwei Drittel der Landesverweisungen vollzogen. Der Schweizer Durchschnitt liegt etwa bei 69 %. Der Kanton Basel-Landschaft liegt nur bei gerade einmal 53,8 % und steht damit am Ende der Deutschschweizer Kantone. Der Regierungsrat führt das im Wesentlichen darauf zurück, dass 24 von 77 Personen untergetaucht sind und deshalb mangels Ausreisenachweis nicht gezählt wurden. Genau die 24 untergetauchten, verurteilten Straftäter sind aber keine statistische Randbemerkung und auch nicht auf eine zweifelhafte statistische Erfassung zurückzuführen, sondern sie sind ein reales Sicherheits- und Vollzugsproblem. Wie der Regierungsrat dabei zum Schluss kommen kann, dass keine Massnahmen notwendig sind, erschliesst sich dem Redner nicht. Wer von einem Gericht rechtskräftig des Landes verwiesen wurde, soll die Schweiz auch tatsächlich verlassen. Das ist der klare Wille von Verfassung, Gesetz und Stimmbevölkerung. Wenn ein Drittel dieser Personen aus dem Blickfeld der Behörden im Baselbiet verschwindet, können wir nicht einfach sagen, es gebe keine Vollzugslücken und es brauche keine Massnahmen. Da geht es letztlich auch um die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates und um das Vertrauen der Bevölkerung in die Durchsetzung dieser Urteile. Der Redner erwartet vom Regierungsrat keine Schuldzuweisung, aber eine ehrliche Analyse und konkrete Verbesserung. Das könnte ein systematisches Monitoring der untergetauchten Personen sein oder eine engere Koordination zwischen Strafverfolgung, Strafvollzug, Migrationsbehörden und Polizei, damit die Leute gar nicht untertauchen können. Oder zumindest ein vertiefter Austausch oder eine Bereitschaft, von anderen Kantonen zu lernen, die eine höhere Ausschaffungsquote erreicht haben. Nur so können wir letztlich sicherstellen, dass die Landesverweisungen nicht auf dem Papier enden, sondern im Vollzug. Wenn der Regierungsrat dazu nicht bereit ist oder die Massnahmen sogar als nicht notwendig erachtet, dann wird die FDP-Fraktion entsprechend Vorstösse lancieren, die nachhelfen werden.

Die SVP unterstütze das Votum von Alain Bai und die Forderung nach vermehrten Ausschaffungen und einer Steigerung der Zahlen auf Schweizer Durchschnitt vollumfänglich, erklärt **Anita Biedert** (SVP). Eventuell könnte es helfen, die Koordination mit dem Staatssekretariat für Migration zu verbessern; oder aber eine frühzeitige Beschaffung der Ausreisedokumente könnte zu verbesserten Zahlen führen. Andere Kantone verfügen zum Beispiel auch über spezielle Teams, die zuständig sind für die Wegweisung und für die Rückführung. Ein konsequentes Anwenden des Landesverweises wäre angebracht – Staatsanwaltschaft und Gericht könnten auch bei den Katalogdelikten häufiger obligatorische Landesverweise respektive Ausschaffungen beantragen. Eine bessere Datentransparenz, also eine einheitliche Statistik und ein Controlling, würde auch dazu beitragen, dass hier mehr Klarheit geschafft würde. Welche Fälle scheitern überhaupt? Warum scheitern die Fälle? Welche Nationalitäten oder Deliktarten sind besonders problematisch? Jeden-

falls sieht auch die SVP einen Handlungsbedarf und sie unterstützt das Anliegen und weitere politische Schritte voll und ganz.

52 % sei leider nicht die Ausschaffungsquote des Kantons Basel-Landschaft, merkt **Markus Graf** (SVP) an, sondern die Zustimmungsquote nach den letzten Umfragen zur Nachhaltigkeitsinitiative, über die am 14. Juni abgestimmt werde. Die Umfragewerte und die prognostizierte Zustimmung sind ein Zeichen der vielen Schweizer gegenüber dieser unkontrollierten Zuwanderung in die Schweiz. Ein Grund dafür sind solche überheblichen Antworten, wie sie in dieser Interpellation stehen und das Hauptproblem schönreden und ignorieren. Die Schweiz hat Gesetze, man muss sie einfach anwenden. Es gibt relativ strenge Gesetze, aber man wendet sie nicht an. Wenn nur 53 % von denen, die gehen sollten, tatsächlich ausgeschafft werden, dann stimmt etwas nicht. Und es stimmt dort etwas nicht, wo die Leute das Gesetz anwenden müssen, nämlich in der Verwaltung. Die Leute haben genug, wenn Volksentscheide nicht umgesetzt werden. Die Leute haben genug von Gesetzen, die nicht angewendet werden. Und das Hauptproblem ist, dass die Politik und die Verwaltung scheinbar nicht in der Lage sind, das zu ändern. Diese Misere ist sinnbildlich für die ganze Zuwanderungspolitik in der Schweiz. Am 14. Juni kann man das ändern.

Jacqueline Wunderer (SVP) sagt, dass es bei der einleitenden Bemerkung zu Recht hiesse, dass landesverwiesene Personen regelmässig eine Haftstrafe abzusitzen haben, ehe sie ausreisen müssen. Eine konkrete Frage dazu: Es steht, dass 17 Personen im Strafvollzug waren, die anschliessend in die Ausschaffungshaft kamen – ist das korrekt? Weiter ist von 24 Personen mit unbekanntem Aufenthalt die Rede. Bedeutet dies, dass sich diese Personen zuvor ebenfalls im Strafvollzug befanden, danach jedoch nicht direkt in Ausschaffungshaft genommen werden konnten? Falls ja: Weshalb war dies nicht möglich? Waren beispielsweise keine Plätze in der Ausschaffungshaft verfügbar, sodass die Personen zunächst auf freien Fuss gesetzt werden mussten? Es muss ja einen Grund dafür geben, dass diese 24 Personen heute unbekannten Aufenthalts sind, obwohl sie ihre Strafe absassen und man sie theoretisch direkt in Ausschaffungshaft hätte überführen können.

Regierungsrat **Markus Eigenmann** (FDP) erklärt, dass er die Fragen stellvertretend für Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer nur entgegennehmen könne, die Antwort entziehe sich jedoch seiner Kenntnis.

://: Die Interpellation ist erledigt.